

Richard Meng

## Alle schauen sie auf die Stadt

### Die neue Faszination des Urbanen und die Regression in der Provinz

Stadt ist in. Gerade weil Stadtgesellschaft so anders, so vielfältig und unüberschaubar geworden ist. Weil in der Stadt mehr passiert und mehr möglich ist als weit weg von ihr. Doch die neuen, populistisch aufgeladenen Grundkonflikte um Fortschritt und Identität sind auch Konflikte zwischen urbanen und provinziellen Lebenswelten. Stadt fasziniert wieder, aber sie muss auch einen besseren Weg hin zu mehr solidarischer Modernität finden.

In einer kleinen, gut geführten Buchhandlung in einem Provinzstädtchen fand sich neulich vor der Tür ein Karton mit der Aufschrift »Zum Mitnehmen«. Ladenhüter buchstäblich, Unverkäufliches. Büchlein zu diesem und jenem, Randständiges. Darunter ein gelbes Suhrkamp-Bändchen, das vor genau einem halben Jahrhundert noch für Furore gesorgt hat. Alexander Mitscherlichs *Die Unwirtlichkeit der Städte*. Untertitel: *Anstiftung zum Unfrieden*.

In den 60er Jahren hatte der Frankfurter Psychoanalytiker, im Tonfall mitunter sich fast entschuldigend für so viel Radikalität, die »Stadtverwüstung« der Nachkriegsjahre angeklagt. Die »Unwirtlichkeit unserer wiedererbauten, monoton statt melodisch komponierten Städte« mit ihren »geplanten Slums, die man gemeinhin sozialen Wohnungsbau nennt« war für ihn so etwas wie Depression in Beton. Nichts, wo man »mit Lust verweilen« und zuhause sein möchte. Die Debatte, die sich anschloss, passte in die Zeit. In den 70ern und 80ern war Stadtflucht angesagt. Wer kreativ sein wollte, suchte mindestens den Stadtrand, zumindest fürs Wochenende gerne auch das Land. In der Stadt wurde gearbeitet oder auch studiert, aber nicht gerne dauerhaft gelebt.

Das hat sich längst umgekehrt, wenn auch in sehr veränderten Zeiten. Wer zum Studieren in die Stadt geht, bleibt dort – wenn irgend möglich. Wer etwas Neues anpacken will, wer Vielfalt und Weltoffenheit zum Leben braucht, wer Begegnung und Anonymität gleichermaßen sucht. Die große Stadt ist für individualisierte Lebenswelten geradezu zum Nährboden geworden. Freie Räume, unterschiedliche Öffentlichkeiten: Zu betonen ist da stets der Plural.

Die Stadt gibt es noch, aber nicht mehr das Leben in der Stadt. Viele Leben, bestenfalls lose miteinander verkoppelt und ohne die Verbindlichkeit von gemeinsamer Symbolik oder Tradition. In der digitalen Moderne habe das uralte Freiheitsversprechen der Stadt wieder neue Bedeutung, habe »das urbane Leben von seiner Verheißung zurückgewonnen«, schreibt 50 Jahre nach Mitscherlich – wieder in einem Suhrkamp-Bändchen – der Stadt-Euphoriker Hanno Rauterberg. Wie sehr der Blick sich doch gewandelt hat.

#### Unterschiedliche Weltansichten in Stadt und Land

Längst ist diese neue Faszination des Urbanen auch an der Bevölkerungsstatistik ablesbar. Die Städte wachsen wieder, vorneweg so unfertig-unübersichtliche wie Berlin.

Abgelegene Regionen leeren sich – tröpfchenweise über viele Jahre. In den Städten ist die Politik damit beschäftigt, die infrastrukturellen Folgeprobleme der Zuwanderung einigermaßen verträglich im Griff zu behalten. Während das kreative Potenzial, das sich in diesen Städten aufgebaut hat, eher politikfern und milieubezogen lebt. Eher familienfern, grundsätzlich skeptisch gegenüber Staatlichkeit aller Ausprägung, zugleich doch auch stets sehr fordernd, wenn es um öffentliche Leistungen geht. Speziell um solche, die den individuellen Freiraum sichern.

Für demokratische Politik ergeben sich daraus eine Reihe von Herausforderungen, die jedoch in Stadt und Land sehr unterschiedlich sind, ein neuer Kulturkonflikt zwischen eher urbanen und eher provinziellen Perspektiven inklusive. Nicht nur beim Brexit-Referendum in Großbritannien wurde deutlich, wie sich in städtischen und räumlich abgelegenen Regionen inzwischen sehr unterschiedliche Sichtweisen auf die Entwicklung der Welt verfestigen, Anfälligkeiten für Populismus in kontroverser Schattierung inbegriffen. Heimatbezogen und damit stets eher national fokussiert hier, eher radikalliberal und oft zugleich interessenbezogen-radikalsozial dort. Ideologisch gemischt hier wie da, nirgends gibt es mehr nur die *eine* Sicht der Dinge. Aber hinsichtlich der meinungsprägenden Strömungen doch eindeutig. Und gespalten wahrnehmend.

In den Städten werden öffentlicher Raum und öffentliche Güter von der Infrastruktur bis zu den Versorgungssystemen zur urbanen Klammer zwischen den auseinanderdriftenden Milieus. Man will und muss den Raum nicht gemeinsam nutzen, aber dass man ihn überhaupt frei nutzen *kann*, wird den Menschen wichtiger – das erschwert städtebauliche Verdichtungen, wie sie angesichts der Zuwanderung eigentlich nötig sind. Schnelle, umweltfreundliche Verkehrssysteme sind geradezu Voraussetzung einer vielfältigen Urbanität, ebenso offene und qualitativ gute Bildungsangebote. Schnelles Internet, Gesundheitsversorgung und Kulturangebot sowie die allgemeine Daseinsvorsorge mit Gas/Strom/Wasser gehören genauso in dieses Paket der guten städtischen Lebensbedingungen und Dienstleistungen, wie sie längst für selbstverständlich gehalten werden. Wehe, der vergangene Neoliberalismus versucht es noch mit Privatisierungen in diesen Bereichen.

Die Steuerungskompetenz für diese Daseinsvorsorge zu behalten und in der Art der Steuerung die Fähigkeit zu Gemeinsamkeiten und Solidarität zu stärken: Darum geht es letztlich in moderner städtischer Politik. Folglich geht es also darum, städtische Gemeinsamkeit nicht mehr wie früher über lebensweltliche Einheitlichkeit zu definieren, sondern über gleiche Chancen in einer Welt der Vielfalt und Weltoffenheit, was dann freilich die Stadtgesellschaft auch normativ verbindet. Gute großstädtische Politik bedeutet also: Türen und Tore öffnen, ständig neue Impulse hereinlassen und verarbeiten – und gleichzeitig immer neu die elementaren Voraussetzungen für solch attraktives urbanes Leben überhaupt erst sichern. Vom Nahverkehr über die Gesundheitsangebote bis hin zum Kulturerat.

In dieser städtischen Moderne das Prinzip Solidarität hochzuhalten ist nicht einfach, aber es wird dringend nötig. Denn in Wahrheit können nicht alle partizipieren, selbst wenn das den neuen Bohemiens oft recht egal ist. Die alten bildungsfernen und einkommensschwachen Milieus sind schnell abgehängt. Und die Attraktivität für die

Zuwanderung von Flüchtlingen ist so groß geworden, dass die Politik für sie schon mit Residenzpflichten auf dem Land reagiert, soweit das die freiheitliche Verfassung noch hergibt. Auch das ist ein Alarmzeichen: Die Solidaritätsfähigkeit der modernen großen Stadt scheint bedroht. Nur eine neue Herausforderung dabei: In der Stadtpolitik dominieren Ortsansässige, während die Stadtgesellschaften immer mobiler werden.

### **Ist eine solidarische Gesellschaft überall möglich?**

Was da nun nach Jahrzehnten des Heranwachsens dieser neuen Verhältnisse aus dem Ruder zu laufen droht, hat der Intendant des Deutschlandradios kürzlich anhand eines persönlichen Provinzerlebnisses beschrieben. Er hatte in der Kleinstadt seiner Jugendzeit zwei alte Freunde getroffen, »gebildete Leute, keine Rechten«, wie er sagt. Die hätten ihm aber sehr direkt bescheinigt, dass er mittlerweile »den Metropolenblick« habe, eine »kosmopolitische Biografie«. Die »Menschen auf dem flachen Land oder in kleinstädtischen Verhältnissen« hätten »Sorge vor bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen, zum Beispiel dem Zersplittern von Familien«, die man in den Metropolen »für die selbstverständliche Entwicklung eines modernen Landes« halte. Was den Intendanten die Frage aufwerfen lässt, ob all die metropolenfixierten Journalisten überhaupt noch die gesamte Wirklichkeit erfassen.

Daran ist zweierlei interessant. Zum einen der Hinweis auf die Ungleichzeitigkeit und teils Gegensätzlichkeit der Wahrnehmung bei den kulturellen Meinungsführern. Während die Städte sich geradezu bedingungslos öffnen, regrediert das Land. Regression verstanden als Abwehrreflex zur Angstbewältigung: Fortschrittsverweigerung à la Pegida grassiert nicht zufällig vor allem dort, wo sich nach Jahrzehnten der Abwanderung Restgesellschaften zu bilden drohen, die aus denen bestehen, die nicht nach dem Abitur und/oder einem lukrativen Job zuliebe den Weg in die Städte gegangen sind. Und die sich jetzt von Populisten animiert fühlen, pauschal und teils auch aggressiv der Prägekraft des Urbanen zu widersprechen.

Zum anderen ist interessant, wie ernst der Intendant diese Einwände aus der alten Heimat plötzlich nimmt und wie laut sie allerorten daher kommen. Es gibt – von der Stadt her betrachtet – so etwas wie einen Aufstand des Gestern, der sich selbst eher als Aufstand gegen die ewige Bevormundung durch ein selbstbezogenes Stadtbürgertum versteht. Einen neuen, radikalen Mut, von außen das libertäre Metropolendenken und die prinzipielle Öffnung für Internationalität und Multikulturalität infrage zu stellen. Dieser Konflikt muss ausgetragen werden. Nicht in Klischees wie Stadt gegen Land. Sondern als die Herausforderung, die moderne Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft überall möglich zu machen. Wozu eindeutige Haltung nötig ist, aber auch hier wieder die Fähigkeit zu solidarischem Ausgleich, bei dem Infrastruktur und öffentliche Güter eine besondere – positive – Rolle spielen könnten, wenn es sie (siehe schnelles Internet oder Mobilitätsanbindungen) denn überall gäbe.

All diese Themen umreißen das Feld, in dem städtische wie ländliche Gesellschaften sich weiter entwickeln werden – hoffentlich nicht ignorant gegenüber den immer auch vorhandenen Gegentrends und Gegenreflexen. Zweifellos bleiben die Städte dabei der Ort, an dem die großen Linien entstehen und verankert sein müssen, falls es solche großen Linien in Zukunft noch gibt. Und die unterschiedlichen Perspek-

tiven sich nicht so verfestigen, dass gesamtgesellschaftlich nur noch eine kulturelle Polarisierung betrieben wird, die mit tatsächlichen Wertekonflikten weit weniger zu tun hat als mit den unterschiedlichen Interessen der unterschiedlichen Milieus.

Alle schauen sie auf die Stadt. Auf ihre Chancen, modernes Leben in der digitalen, globalisierten Moderne zu organisieren. Aber auch auf ihre gelegentliche Blindheit dem gesellschaftlichen Ganzen gegenüber. Solidarische Stadtpolitik muss die Chancen aufgreifen und Blindheit vermeiden. Und ein werteorientierter, nach wie vor städtisch geprägter Journalismus müsste sich weit bewusster als bisher der Borniertheit der städtischen Mittelschichten verweigern, die bislang die große gesellschaftliche Fortschrittsdebatte zu ihren eigenen Gunsten für erledigt hielten. Nein, diese Debatte geht jetzt erst richtig los. Sie handelt von Nation und Europa, von Offenheit und Heimat. Letztlich immer von der Chance, in Frieden unterschiedlich sein zu können, ohne um der eigenen Chancen willen zur Anpassung gezwungen zu sein. Überall im Land.



### **Richard Meng**

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin. Zuletzt erschien bei Schüren: *Wir schaffen es (nicht). Politik und Medien in der Selbstwertkrise.*

[richard.meng@t-online.de](mailto:richard.meng@t-online.de)

*Andreas Geisel*

## **Das Recht auf Stadt**

### **Demokratie und öffentlicher Raum**

Städte sind die Laboratorien des demokratischen Zusammenlebens. In ihnen kommen unterschiedliche Lebensweisen und Milieus zusammen. In den Städten erleben wir die Vielfalt der Kulturen. Anders als auf dem Land, wo sich in der Regel die Menschen persönlich kennen, begegnet man hier täglich dem unbekanntem Anderen. Der Soziologe Walter Siebel bringt es auf den Punkt: »Die Stadt ist ein Ort, an dem Fremde leben«.

Die Begegnung mit dem Fremden erschließt uns das Neue. Gerade deshalb sind Städte auch Orte der Kreativität und der ungewöhnlichen Ideen. Zugleich fordert uns das Leben als Fremde unter Fremden auch heraus, eine Balance zwischen Öffentlichem und Privatem herzustellen. Fremdheit schützt uns vor Zudringlichkeit, Enge und Konformismus: Freiheit und Abenteuer als wichtige Teilaspekte urbanen Lebensgefühls wären ohne sie nicht denkbar. Doch Fremdheit kann auch Vereinzelung, Isolation und Angst begründen.

Wir brauchen daher eine Stadt, die den Reiz des Fremden im urbanen Leben erhält und zugleich persönliche Nahkontakte ermöglicht. Damit die Menschen sich ihrer Stadt verbunden und in ihr aufgehoben fühlen, brauchen sie Orte der Begegnung der Stadtgesellschaft – sie brauchen einen lebendigen öffentlichen Raum.

Im antiken Griechenland war der öffentliche Raum – der zentrale Versammlungs- und Marktplatz, die »Agora« –, neben seinen Funktionen als Ort des Gerichtes und des